

## Notizen

Einen eigenen Vorschlag, mehr Mitwirkungsrechte von Geistlichen und Laien bei Bischofsernennungen einzubauen, machte der Altbischof von Graz, Erzbischof Josef Schoiswohl. Sein Modell: In jeder Diözese sollte ein Senat von 30 bis 40 Mitgliedern – der zur Hälfte von Klerikern, zur Hälfte von Laien zu besetzen wäre – alle fünf Jahre – unabhängig davon, ob eine Ernennung ansteht oder nicht – eine Vorschlagsliste mit zwei, drei Namen erstellen und nach Rom einreichen. Rom könnte dann immer noch eigene Überlegungen anstellen, aber sich doch stärker des Rates aus den Ortskirchen bedienen. In einem Gespräch mit der in Wien erscheinenden „Wochenpresse“ teilte Schoiswohl mit, er habe seinerzeit den Vorschlag dem Apostolischen Stuhl übermittelt, von dort aber die Antwort erhalten: Man denke in Rom selbst darüber nach, aber für das, was er vorschläge, sei die Zeit noch nicht reif. Ziel des Vorschlags von Schoiswohl war: Zufälligkeiten bei der Befragung von Einzelpersonen durch den Nuntius, wie sie bei den letzten Bischofsernennungen sichtbar wurden (vgl. ds. Heft, S. 204 und S. 208), zu vermeiden.

Laut Mitteilung des für die Beratung von Auswanderern zuständigen katholischen St.-Raphael-Werkes ist die Auswanderungsbereitschaft bei Bundesbürgern im Steigen. Im Jahresbericht 1986 des Werkes wird festgestellt, daß sich insgesamt 38 151 Auswanderungswillige zur Beratung gemeldet hätten, davon 19 000 zum erstenmal. Das seien 23 Prozent mehr als im vorausgegangenen Jahr. Ein Grund für den Anstieg sei der höhere Anteil von Asylsuchenden, die durch die Diskussionen der letzten Zeit zum Weiterwandern veranlaßt wurden. Die Zahl von Auswanderungswilligen sei aber auch nach der Kernreaktorkatastrophe von Tschernobyl und dem Sandoz-Unfall in Basel sprunghaft angestiegen. In der Regel habe die ohnehin vorhandene Suche nach einer neuen Lebensperspektive durch die genannten Umweltkatastrophen zusätzlichen Auftrieb erhalten.

Das Fernsehprogramm des ZDF vom Karfreitag wurde von Erzbischof Johannes Dyba (Fulda) und Landesbischof Hans Gernot Jung von Kurhessen-Waldeck kritisiert. Die Kritik richtete sich gegen eine Sport- und eine Eisrevuesendung an diesem Tag. Die beiden Bischöfe baten zugleich die kirchlichen Fernsehbeauftragten beim ZDF, darauf hinzuwirken, daß der besondere christliche Charakter des Karfreitags auch im ZDF erhalten bleibe. Besonderer Stein des Anstoßes war die geplante Übertragung des Eishockey-WM-Spiels Bundesrepublik Deutschland – Schweden aus Wien. Fast zur gleichen Zeit

erhob auch der Sportbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, Paul Jakobi, in einem Schreiben an den ZDF-Intendanten Einspruch gegen die Sportübertragung: der rechtliche Schutz des Feiertages dürfe nicht durch Fernsehübertragungen aufgehoben werden.

Vertreter der evangelischen Kirche haben kritische Äußerungen des Tübinger Theologieprofessors Hans Küng, die dieser in einem Gespräch mit den Lutherischen Monatsblättern (März 1987, 116–121) zu Protokoll gab, zurückgewiesen. Küng hatte der evangelischen Kirche einen „Diplomaten-Ökumenismus“ vorgehalten, der sich praktisch von Rom habe „einkaufen“ lassen. Die Protestanten überließen den Protest heute weitgehend kritischen Katholiken. Nach Ansicht des hannoverschen Landesbischofs Eduard Lobse (Lutherische Monatshefte, April 1987, 180) habe Küng damit eine „Karikatur“ vom ökumenischen Dialog zwischen der EKD und der römisch-katholischen Kirche entworfen, die „Ernst und Bedeutung der gestellten Aufgabe weder angemessen noch förderlich“ sei. Der Leiter des konfessionskundlichen Instituts in Bensheim, Reinhard Frieling, meinte, man dürfe die evangelische Kirche nicht mit einer Oppositionspartei innerhalb der römisch-katholischen Kirche verwechseln.

Teilnehmer eines Friedensseminars in Meißen (DDR) haben in einem offenen Brief an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die heute in der Sowjetunion praktizierte „Offenheit des Denkens“ begrüßt und zugleich den Mangel an solcher Offenheit in der DDR-Gesellschaft beklagt. In dem Schreiben heißt es, es sei notwendig, eine ständige öffentliche „Volksausprache im Geist der uneingeschränkten Wahrheitsfindung“ zu führen. Die öffentliche Diskussion sei eine Grundbedingung für eine „rechtzeitige, friedvolle Lösung der auftretenden Widersprüche in der gesellschaftlichen Entwicklung sowie für die Stärkung des Vertrauens der Menschen in die Innen- und Außenpolitik der Partei und des Staates“. Beklagt wurde bei dem Treffen u. a. die „sichtliche Zurückhaltung“ von Kulturschaffenden in der DDR gegenüber der Entwicklung in der UdSSR.

In Ostberlin starb Anfang April der langjährige Vorsitzende der „Berliner Konferenz europäischer Christen“, Otto Hartmut Fuchs (67). Fuchs war zugleich Präsidiumsmitglied der Ost-CDU und Schriftleiter der „Begegnung“, des Hausorgans der „Berliner Konferenz“. Fuchs, Schwabe von Geburt und Habitus, ging 1950 in die DDR. Er leitete über längere Zeit auch den Pressedienst der Ost-CDU. Die Be-

mühungen von Fuchs und der in der Berliner Konferenz organisierten Katholiken um Regimenähe und Zusammenarbeit mit der SED fanden innerhalb der Kirche wenig Echo. Und stieß bis zuletzt auf unterschiedenen Widerstand der Bischöfe. Fuchs verstand es, durch seine zahlreichen westlichen Verbindungen dennoch immer wieder für seine „Konferenz“ öffentliche Foren zu organisieren.

Ein Streit um das Ernennungsverfahren von Bischöfen ist zwischen der anglikanischen Kirche und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher entstanden. Er entzündete sich an der Ernennung des bisherigen Bischofs von Kensington, Mark Santer, zum künftigen Bischof von Birmingham. Zeitungsberichten zufolge war Santer nicht die „erste Wahl“ der kirchlichen Auswahlkommission. Er soll sein neues Amt einer Intervention der britischen Regierungschefin zu verdanken haben. Der Wunschkandidat der Kommission, der Bischof von Stepney, James Thompson, konnte nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Kommissionsmitglieder auf sich vereinigen. Unter Berufung auf entsprechende Regelungen des Wahlverfahrens konnte danach die Premierministerin die Wahl zwischen den beiden Kandidaten treffen. Parlamentarier des rechten Flügels der Konservativen Partei hatten vor der Ernennung des als „marxistisch“ bezeichneten Bischofs Thompson gewarnt. Von Seiten der Labour Party und der Liberalen Partei wurde inzwischen eine parlamentarische Debatte über das Ernennungsverfahren beantragt.

In Großbritannien wurde zum ersten Mal zwei früheren anglikanischen Klerikern die Erlaubnis erteilt, sich zu katholischen Priestern weihen zu lassen. Die Ausübung des geistlichen Amtes in der anglikanischen Kirche liegt in einem Falle nur wenige, in dem anderen bereits über 30 Jahre zurück. Der Bischof von Arundel und Brighton, Cormac Murphy-O'Connor, in dessen Diözese einer der beiden Priester in Zukunft tätig sein wird, bezeichnete die Erlaubnis dazu aus Rom als ein „Zeichen brüderlicher Ökumene“. Dieser Schritt bringe beide Kirchen der Einheit näher. Der Erzbischof von Birmingham, Maurice Cowe de Murville, und Murphy-O'Connor betonten unterdessen, daß die Erlaubnis zur Priesterweihe der beiden anglikanischen Kleriker nicht als Hinweis dafür gelesen werden dürfe, daß die Zölibatsverpflichtung für die Priester des lateinischen Ritus zurückgenommen werden solle.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.